

Wer hat Uwe Barschel ermordet?

☒ Lange war es nur eine von zwei Möglichkeiten – Mord und Selbsttötung. Nun scheint sich die Waagschale zu Gunsten der Mordtheorie zu senken: Ermittler haben an der Kleidung des vor 25 Jahren in einem Genfer Hotel tot aufgefundenen CDU-Politikers Uwe Barschel fremde DNA festgestellt. Die „WELT AM SONNTAG“ will sich in ihrer morgigen Ausgabe näher mit dem Fall beschäftigen.

In einem Vorabbericht [schreibt](#) die „WELT“:

Knapp 25 Jahre nach dem mysteriösen Tod des CDU-Politikers Uwe Barschel in Genf haben neue Untersuchungsmethoden eine bisher unsichtbare Spur ans Licht gebracht: den genetischen Fingerabdruck eines Unbekannten. Spezialisten des Kieler Landeskriminalamts haben DNA-Rückstände einer fremden Person an Kleidungsstücken sichergestellt, die der frühere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein in der Nacht seines Todes trug.

Das bestätigte die Lübecker Staatsanwaltschaft der „Welt am Sonntag“. Das genetische Material ist auch nach der langen Zeit noch gut genug erhalten, um es mit möglichen Verdächtigen vergleichen zu können. Ein und dieselbe Person hinterließ ihre Spuren auf der Strickjacke, den Socken und der Krawatte des Toten sowie auf dem Handtuch des Hotelzimmers. (...)

Der frühere schleswig-holsteinische CDU-Landtagsabgeordnete Werner Kalinka, auf dessen Antrag hin die DNA-Untersuchungen zustande kamen, sagte der „Welt am Sonntag“, der Verdacht, Uwe Barschel sei ermordet worden, habe sich durch die neuen Spuren erhärtet.

Ende 2010 hatte die „WELT“ über eine angebliche Spur zum Mossad [berichtet](#). Ende 2011 [veröffentlichte](#) sie Auszüge aus dem Buch „Ein Mord, der keiner sein durfte“ des damals ermittelnden Oberstaatsanwalts Heinrich Wille.

Münster: Linke gegen Euthanasie-Abtreibungen

☒ Zehntausende Behinderte ermordeten die Nationalsozialisten im Zuge der [Aktion T4](#). Immerhin 3.485 behinderte Ungeborene wurden in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr aufgrund ihres Handicaps abgetrieben. Dabei wurde in 395 Fällen der besonders brutale [Fetozid](#), sprich die Injektion einer giftigen Calciumchlorid-Lösung in das Herz des bereits lebensfähigen Kindes, angewendet. Dass es hierbei nicht darum geht den Kindern vermeintliches „Leid zu ersparen“ – welches etwa bei Trisomie 21 oder Kleinwüchsigkeit gar nicht zu erwarten ist -, sondern ausschließlich darum sich der eigenen Verantwortung zu entziehen, haben kürzlich selbst zwei ultralinke Initiativen aus Münster erkannt.

(Von Rosinenbomber, PI-Münster)

So [schreiben](#) die beiden Vereine Pro Münster e.V. und Pro Münsterland e.V., die sich einst gegründet haben, um einen Kreisverband von „Pro NRW“ zu verhindern, auf ihrem Blog:

Die LifeCodexx AG mit Sitz in Konstanz will noch in diesem Monat ihr Produkt „PraenaTest“ auf den deutschen Markt bringen (im folgenden: Praenatest). Es handelt sich um einen pränatalen (vorgeburtlichen) Bluttest, der ausschließlich der Feststellung einer möglichen Trisomie 21 (Down-Syndrom)

dient.

Als (in Deutschland) erste nicht-invasive (nicht in die Fruchtblase eindringende) Methode gilt der Praenatest als risikoärmer als die bisher mögliche Fruchtwasserentnahme mittels einer Nadel, und wird von LifeCodexx auch so vermarktet. Gleichzeitig handelt es sich jedoch um die erste Untersuchung, die nur einem einzigen Zweck dient: eine Trisomie 21 so rechtzeitig zu erkennen, dass eine Abtreibung (bzw. Spätabtreibung) noch möglich ist.

Wir protestieren daher entschieden gegen die Markteinführung dieses Produktes. Es kann nicht sein, dass Menschen aufgrund einer Andersartigkeit vor der Geburt aussortiert werden, und ihnen das Recht auf Leben abgesprochen wird. (Schon heute entscheiden sich neun von zehn werdenden Müttern gegen ein Kind mit Down-Syndrom. Ein risikoärmerer Test wird die Test-Bereitschaft von Schwangeren und die Zahl der Abtreibungen erhöhen.)

Mit unserem Protest wissen wir uns an der Seite der Lebenshilfe e.V., die den Praenatest und mögliche zukünftige Diagnosemethoden für „hochproblematisch“ hält. Der Praenatest widerspreche „der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ihren Zielen einer inklusiven Gesellschaft“ (Robert Antretter, Bundesvorsitzender der Lebenshilfe e.V.)

Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe, verurteilt ebenfalls den Praenatest. Nach einem Gutachten, das Hüppe in Auftrag gegeben hat, ist der Bluttest illegal, da er gegen das Gendiagnostikgesetz verstößt. Auch für Ungeborene gelte das Diskriminierungsverbot, so Hüppe.

ProMünster e.V. und ProMünsterland e.V. schließen sich diesem Urteil an.

Wir protestieren auf das schärfste gegen die Selektion von Menschen aufgrund besonderer Merkmale. „PraenaTest“ ist

einem Unbekannten erfasst, zu Boden geworfen und vergewaltigt.

Die junge Frau beschreibt den Täter als zirka 25 bis 35 Jahre alt. Er soll eine helle Karohose und ein dunkles Shirt getragen, kurze, dunkle Haare gehabt haben und vermutlich südländischer Herkunft sein.

Laut Polizei gibt es Hinweise, dass ein Autofahrer die Szene beobachtet haben könnte, ohne den Ernst der Lage erkannt zu haben. Dieser wird dringend gebeten sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Hinweise nimmt das Kriminalkommissariat 11 unter Telefon (05 21) 54 50 entgegen.

Wie sagte Claudia Roth noch? „Gewalt ist immer auch ein Hilferuf“...

Kevin Schwandt: Gericht verwirft Berufung

✘ Über Kevin Schwandt, der im Mai vergangenen Jahres auf einem Stadtfest in Gladbeck ins Wachkoma geprügelt wurde und die folgende einjährige Bewährungsstrafe gegen den türkischen Täter Erdinc K. hat PI mehrfach berichtet (siehe [hier](#) und [hier](#)). PI-Münster hatte damals gegen den zuständigen Amtsrichter Friedrich Korf Strafanzeige wegen des Verdachts der Rechtsbeugung [gestellt](#). Nun hat das Landgericht Essen die Berufung der Nebenklage abgelehnt. Grund: Der Opferanwalt konnte keine Verfügung durch seinen im Koma befindlichen Mandanten vorweisen.

In einem lesenswerten Artikel [berichtet](#) die „WELT“:

Ein Fausthieb beförderte Kevin Schwandt ins Koma. Der Täter wurde zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Die Berufung wurde abgelehnt – weil der Anwalt keine Vollmacht des Patienten vorlegen konnte. (...)

Wie Welt Online erfuhr, hat die 3. Strafkammer des Landgerichts Essen den Antrag auf ein Berufungsverfahren im Fall Erdinc K. abgelehnt. „Die Familie ist darüber sehr betroffen“, sagte ihr Anwalt Burkhard Benecken aus Marl.

Mit der Entscheidung des Landgerichts haben seine Bemühungen nun einen Rückschlag erlitten. „Es gibt zwei Punkte, die gegen die Zulässigkeit der Berufung gesprochen haben“, sagte Oliver Greff, Pressesprecher des Landgerichts Essen, zu Welt Online.

„Der erste Punkt ist, dass der Nebenkläger seinen Rechtsanwalt nicht wirksam bevollmächtigen konnte, da er sich im Wachkoma befand. Seine Mutter konnte den Rechtsanwalt nicht bevollmächtigen, weil sie nicht die gesetzliche Vertreterin des bereits Volljährigen ist. Zum Zeitpunkt der Berufungseinlegung war sie zwar als Betreuerin von Kevin eingetragen, Rechtsangelegenheiten gehörten aber nicht zu ihrem Aufgabenbereich.“ (...)

„Außerdem geht es aus der Berufungsbegründung hervor, dass die Nebenklage eine andere Rechtsfolge, nämlich eine höhere Strafe, herbeiführen will. Dieses Bestreben steht der Nebenklage nicht zu“, sagt Greff.

Burkhard Benecken kündigte an, die Entscheidung nicht zu akzeptieren. „Ich habe bereits mit der Familie besprochen, dass wir den Kampf um ein gerechtes Urteil nicht aufgeben werden“, sagte der Jurist, der nun Verfassungsbeschwerde einlegen will.

Nach Informationen von PI hat die Staatsanwaltschaft Münster unter dem Aktenzeichen 600 Js 177/11 ein förmliches

Ermittlungsverfahren gegen Friedrich Korf eingeleitet und dieses mit Datum vom 30.12.2012 an die Staatsanwaltschaft Essen [abgegeben](#). Auf das Ergebnis darf man gespannt sein...

- » Facebook: „[Ein Zeichen für Kevin Schwandt](#)“
 - » Spiegel: „[60.000 Euro für ein Leben](#)„
-

Schweiz: Banker können nicht mehr ins Ausland

DIE WELTWOCH

Das dürfte einmalig auf der Welt sein! Weil die unfähige Schweizer Regierung, vor allem in Gestalt ihrer berüchtigten Bundesrätin Widmer-Schlumpf dem ganzen Ausland laufend servil die Füße küßt und liebedienerische Steuerabkommen abschloß, können nun tausende, völlig unschuldige Banker nicht mehr ins Ausland, weil sie auf Antrag der USA verhaftet und dorthin ausgeliefert werden könnten.

Aufgrund eines entsprechenden Gesetzes haben Schweizer Banken völlig idiotisch und in keinsten Weise ihre jetzigen und ehemaligen Mitarbeiter schützend die Namen von 10.000 Angestellten an die USA übergeben, und diese 10.000 können nun die Schweiz nicht mehr verlassen.

Deutsche Leser bitte ich zu beachten, daß Schweizer sich nach Schweizer Gesetzen zu richten haben und nicht nach deutschen. Außerdem gibt es keinen Staat in der Welt, der für andere aufgrund ausländischer Gesetze Steuern eintreibt, außer eben die von allen guten Geistern verlassene Schweiz.

Klub der Verratenen

Viele Schweizer Banker können nicht mehr ins Ausland reisen. Der Bundesrat liess ihre Namen an die USA aushändigen, um die Interessen der Banken zu wahren. Der unglaubliche Verrat an 10.000 Angestellten wurde von höchster Stelle angeordnet. Von Pierre Heumann

In Genf existiert seit Mitte Mai eine Gemeinschaft der besonderen Art. Sie bezeichnet sich als «Klub der Verratenen». Zum Klub gehören Angestellte und ehemalige Mitarbeiter von angesehenen Schweizer Banken, darunter Credit Suisse, Julius Bär und HSBC. Wäre der Klub in der Deutschschweiz besser bekannt, könnten sich auch Beschäftigte der Zürcher und der Basler Kantonalbank anschliessen. «Wir bräuchten es dann auf die stolze Zahl von rund 10'000 Mitgliedern», schätzt Klubgründer Eric Delissy. Nicht nur Banker und Ex-Banker könnten dazu stossen, sondern auch Vermögensverwalter und Rechtsanwälte: alle, deren Namen in irgendeinem Zusammenhang mit dem Amerikageschäft der Schweizer Banken von ihren jetzigen oder früheren Arbeitgebern dem amerikanischen Department of Justice ausgehändigt wurden.

Die Mitglieder kennen nur ein Thema: wie die Bank, für die sie gearbeitet haben, ihre Privatsphäre verletzt und ihre Namen, obwohl sie unschuldig sind, ans Department of Justice ausgeliefert hat. Die einen wissen mit Bestimmtheit, dass ihre Namen der US-Behörde gemeldet wurden, die anderen vermuten es bloss oder wissen es noch nicht. Beides hat Konsequenzen fürs Privatleben, wie Delissy weiss – und selber erfahren hat. Er sah sich nämlich gezwungen, geplante Familienreisen ins Ausland sofort zu annullieren. Für viele im Finanzgeschäft sind die Konsequenzen freilich viel schlimmer. Sie sind im Bankwesen völlig unverschuldet Parias geworden, weil sie ihr eigener Arbeitgeber den US-Behörden als Steuerverbrecher gemeldet hat. Damit ist es mit der Karriere vorbei. Niemand will sie anstellen. Einige gehen bereits stempeln.

Angefangen hat das Ganze Mitte April. Der inzwischen pensionierte Ex-Banker Delissy machte Ferien in Süditalien und las in der Internetausgabe von Le Temps über die jüngste Entwicklung im Steuerstreit mit den USA. Der Bundesrat habe den elf Banken, die wegen des Steuerstreits im Visier der USA sind, die Bewilligung erteilt, die Namen derjenigen Mitarbeiter auszuliefern, die in Amerika Kunden betreut hatten. Delissy kontaktierte sofort seinen ehemaligen Arbeitgeber, die HSBC in Genf. Auf Anfrage erhielt er die lakonische Auskunft: «Sie sind auf den Listen.»

Delissy, der früher die Rechtsabteilung und das Generalsekretariat bei HSBC in Genf geleitet hatte, erkannte die Bedeutung dieser Information sofort. Ihm war klar: Der zwischen der EU und den USA abgeschlossene Auslieferungsvertrag könnte ihm zum Verhängnis werden. Im Ausland drohen ihm, wie auch den anderen Mitgliedern des Klubs, Verhaftung, Auslieferung in die USA, Verhör und vielleicht sogar eine Gefängnisstrafe, obwohl er während seiner Amtszeit nie Kontakt mit US-Kundschaft hatte. Nur eine einzige Verbindung mit den USA gab es: «Im Auftrag der HSBC habe ich vor elf Jahren die damals neuen Richtlinien zu den sogenannten qualified intermediaries umgesetzt.» Diese Massnahme hatte die amerikanische Steuerbehörde von Schweizer Banken gefordert, welche amerikanische Kunden betreuen wollten. Zwei Jahre später, 2003, ist Delissy aus der Bank ausgeschieden, um wieder als Anwalt zu arbeiten.

Inzwischen weiss er aus internen Quellen: Um eine Handvoll von Mitarbeitern zu schützen, die tatsächlich im USA-Geschäft tätig waren, hat HSBC etwa 1100 Namen und 30.000 Dokumente an die Amerikaner ausgeliefert, in der Hoffnung, durch Vortäuschung einer vollen Zusammenarbeit mit den USA eine erhebliche Minderung der angedrohten Busse auszuhandeln. Die Verratenen wissen nicht, aufgrund welcher Kriterien HSBC sie ausgewählt hat, um als Sündenböcke zu dienen. Deshalb hat Delissy bei der Bundesanwaltschaft Strafklage gegen den

Verwaltungsrat und den CEO von HSBC eingereicht und erhielt bereits die Bestätigung, dass diese in Bearbeitung sei. Auf Anfrage welscher Zeitungen wollte sich HSBC nicht öffentlich zu den Vorwürfen äussern. Die Bank sei «vollkommen transparent mit den Angestellten, deren Namen in den übermittelten Dokumenten erwähnt sind», wird Schweiz-Chef Franco Morra zitiert.

Rechtsanwalt Delissy ist kein Einzelfall. Massenweise haben Banken persönliche Daten über ihre Mitarbeiter in die USA geschickt – Passkopien, den E-Mail-Verkehr der betreffenden Personen sowie alle Telefonnummern, welche diese vom Büro aus angewählt haben. Besonders schlimm sei, «dass auch Mitarbeiter, die nie Kontakt mit US-Kunden hatten, gar nicht wissen, dass ihre Namen in den an die USA übermittelten Dokumenten erwähnt werden», sagt der Rechtsanwalt Alexander Glutz von der Zürcher Kanzlei Holenstein, der zahlreiche Bankmitarbeiter vertritt. Diese leben mit dem Risiko der Verhaftung, sobald sie die Schweiz verlassen. Betroffene verlangen jetzt mit Zivilklagen von den Banken vollständige Auskunft über alle sie betreffenden Daten, welche an die US-Strafverfolgungsbehörden übermittelt worden sind. Bisher sei diese verweigert worden, sagt Glutz.

Eigentlich sind laut Gesetz «Handlungen für einen fremden Staat» (Art. 271 StGB) ohne Bewilligung verboten und werden bestraft. Eine solche Bewilligung kann jedoch nur im bestehenden rechtlichen Rahmen erteilt werden. Doch der Bundesrat beschloss an seiner Sitzung vom 4. April, eine Ausnahme zu machen.

Er erlaubte den Banken, sich der US-amerikanischen Rechtsordnung zu unterwerfen, selbst wenn es um Handlungen in der Schweiz geht, denen Schweizer Recht entgegensteht. Zur Wahrung ihrer Interessen, insbesondere zur Darlegung ihres Geschäftsgebarens, wurde den Banken die Bewilligung erteilt, Daten über Bankmitarbeitende und Dritte im grenzüberschreitenden US-Geschäft auszuhändigen, wie der

Bundesrat schrieb. Er war von der Angst getrieben, die Weigerung, die Namen von Angestellten preiszugeben, könnte in Amerika als Obstruktion interpretiert werden, womit sich die Banken einer verschärften Gefahr der Anklage aussetzen würden.

Schlag auf Schlag folgten die nächsten Schritte: Noch am selben Tag erhielten die Rechtsabteilungen der elf Banken einen Brief des SIF, des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen im Departement von Eveline Widmer-Schlumpf. Eine Woche später wandte sich auch die Finanzmarktaufsicht Finma an die Banken und empfahl ihnen ebenfalls, «im Rahmen der durch diesen Bundesratsbeschluss geschaffenen Möglichkeiten mit den US-Behörden zu kooperieren» – so wie das der Bundesrat nahelege. Unterschrieben war die Aufforderung zum Verrat von Mark Branson, dem Leiter Geschäftsbereich Banken, und von Jan Blöchliger, der als General Counsel's Office zeichnete. Die Bewilligung sei bis Ende März 2014 befristet; auf Gesuch könne sie verlängert werden, schrieb die Finma.

Wohl war es offensichtlich weder dem Bundesrat noch der Finma mit dieser Anleitung zum Verrat der Bankmitarbeiter. Jedenfalls wollen sie die Verantwortung für die Folgen nicht übernehmen. Mit der Erlaubnis zur Herausgabe der Daten verbanden sie nämlich eine deutliche Warnung an die Banken: Sie hätten die rechtlichen Verantwortlichkeiten selber abzuklären. Mit anderen Worten: Der Bundesrat gab den Banken einerseits grünes Licht, den Informationswünschen der Amerikaner nachzukommen. Doch gleichzeitig versuchte er, sie für die juristischen Konsequenzen verantwortlich zu machen.

Die Herausgabe von Mitarbeiterdaten zur Strafverfolgung kollidiert in der Tat mit diversen Gesetzen. Die Herausgabe setzt ein internationales Amts- oder Rechtshilfeverfahren voraus. Auch die Vorschriften des Datenschutzes müssten beachtet werden. Zudem dürfen solche Übermittlungen nicht den Straftatbestand des wirtschaftlichen Nachrichtendienstes laut Art. 273 StGB erfüllen.

Die Ermächtigung, Informationen über Mitarbeiter nach Amerika zu schicken, widerspricht auch krass dem Arbeitsrecht. «Der Arbeitgeber hat das Persönlichkeitsrecht des Angestellten zu schützen», sagt Thomas Geiser, Experte für Arbeitsrecht an der Universität St. Gallen. Insbesondere müsse die Bank verhindern, dass der Angestellte strafrechtliche Verfolgung riskiere. «Falls ein Arbeitnehmer, dessen Daten an die USA geliefert wurden, dort Probleme haben sollte, haftet der Arbeitgeber», sagt Geiser – vorausgesetzt natürlich, dass sich der Angestellte stets so verhalten hat, wie die Bank das von ihm erwartet hat.

Dass der Bundesrat bei amerikanischen Drohgebärden Schweizer Recht aufweicht, ist nicht neu. Doch als der Bundesrat und die Finma vor drei Jahren die Bewilligung für die Aushändigung der Kundennamen gaben, existierte immerhin noch ein Verdacht auf strafbares Handeln der betroffenen Kunden. Jetzt aber lassen der Bundesrat und mit ihm die Finma zu, dass auch Namen von Angestellten in der Schweiz an die US-Behörden übermittelt werden, und dies, ohne dass ein Anfangsverdacht vorhanden ist. (WELTWOCHEN 30/2012)

Polit-Scharlatanerie mit „Exportweltmeister“

☒ Der widerwärtige, notorische Schwätzer Wolfgang Schäuble (Foto), der als total ignoranter und überforderter Minister nur ein Ziel kennt, nämlich Deutschland aufzulösen und der EUdSSR zu unterwerfen, läßt keine Gelegenheit aus, uns dreist anzulügen und zu behaupten, ohne Euro hätte Deutschland als Exportland das Schlimmste zu befürchten. Schäuble ist nicht allein. Kohorten an parallel-debilien und lügenden Professoren,

Politikern und Journalisten beten uns dasselbe vor. Dabei genügt [ein Klick in Wiki](#), um diese EU-Hurerei zu entlarven!

Die drei führenden Exportländer [Bearbeiten]

Nominaler Waren-Export in Millionen US-Dollar^[2]

Jahr	1.	Wert	2.	Wert	3.	Wert
1948	USA	12.666	Großbritannien	6.605	Kanada	3.202
1949	USA	12.074	Großbritannien	6.875	Kanada	3.050
1950	USA	10.262	Großbritannien	6.325	Frankreich	3.082
1951	USA	15.041	Großbritannien	7.585	Frankreich	4.241
1952	USA	15.206	Großbritannien	7.585	Kanada	4.630
1953	USA	15.782	Großbritannien	7.526	BR Deutschland	4.411
1954	USA	15.114	Großbritannien	7.770	BR Deutschland	5.246
1955	USA	15.558	Großbritannien	8.467	BR Deutschland	6.124
1956	USA	19.102	Großbritannien	9.290	BR Deutschland	7.348
1957	USA	20.873	Großbritannien	9.811	BR Deutschland	8.564
1958	USA	17.920	Großbritannien	9.495	BR Deutschland	8.810
1959	USA	17.643	Großbritannien	9.951	BR Deutschland	9.807
1960	USA	20.601	BR Deutschland	11.416	Großbritannien	10.609
1961	USA	21.037	BR Deutschland	12.651	Großbritannien	11.074
1962	USA	21.714	BR Deutschland	13.244	Großbritannien	11.374
1963	USA	23.387	BR Deutschland	14.578	Großbritannien	12.258
1964	USA	26.650	BR Deutschland	16.230	Großbritannien	12.880
1965	USA	27.530	BR Deutschland	17.913	Großbritannien	13.810
1966	USA	30.434	BR Deutschland	20.157	Großbritannien	14.770
1967	USA	31.640	BR Deutschland	21.761	Großbritannien	14.493
1968	USA	34.667	BR Deutschland	24.888	Großbritannien	15.461
1969	USA	38.032	BR Deutschland	28.852	Großbritannien	17.645
1970	USA	43.241	BR Deutschland	34.228	Großbritannien	19.430
1971	USA	44.156	BR Deutschland	38.845	Japan	23.995
1972	USA	49.763	BR Deutschland	46.737	Japan	29.088
1973	USA	71.404	BR Deutschland	67.563	Japan	37.017
1974	USA	99.437	BR Deutschland	89.368	Japan	55.469
1975	USA	108.856	BR Deutschland	90.176	Japan	55.819
1976	USA	116.794	BR Deutschland	102.162	Japan	67.304
1977	USA	123.182	BR Deutschland	118.072	Japan	81.083
1978	USA	145.847	BR Deutschland	142.453	Japan	98.211
1979	USA	186.363	BR Deutschland	171.804	Japan	102.299
1980	USA	225.566	BR Deutschland	192.860	Japan	130.441
1981	USA	238.715	BR Deutschland	176.047	Japan	151.495
1982	USA	216.442	BR Deutschland	176.424	Japan	138.385
1983	USA	205.639	BR Deutschland	169.417	Japan	146.965
1984	USA	223.976	BR Deutschland	171.735	Japan	169.700
1985	USA	218.815	BR Deutschland	183.933	Japan	177.164
1986	BR Deutschland	243.326	USA	227.158	Japan	210.757
1987	BR Deutschland	294.369	USA	254.122	Japan	231.286
1988	BR Deutschland	323.323	USA	322.427	Japan	264.856
1989	USA	363.812	BR Deutschland	341.231	Japan	273.932
1990	Deutschland	421.100	USA	393.592	Japan	287.581
1991	USA	421.730	Deutschland	402.843	Japan	314.786
1992	USA	448.163	Deutschland	430.042	Japan	339.885
1993	USA	464.773	Deutschland	380.096	Japan	362.244
1994	USA	512.627	Deutschland	426.936	Japan	397.005
1995	USA	584.743	Deutschland	523.461	Japan	443.116
1996	USA	625.073	Deutschland	524.649	Japan	410.901
1997	USA	689.182	Deutschland	512.891	Japan	420.957
1998	USA	682.138	Deutschland	543.752	Japan	387.927
1999	USA	695.797	Deutschland	543.539	Japan	417.610
2000	USA	781.918	Deutschland	551.810	Japan	479.249
2001	USA	729.100	Deutschland	571.645	Japan	403.496
2002	USA	693.103	Deutschland	615.831	Japan	416.726
2003	Deutschland	751.560	USA	724.771	Japan	471.817
2004	Deutschland	909.887	USA	814.875	China	593.326
2005	Deutschland	970.914	USA	901.082	China	761.953
2006	Deutschland	1.108.107	USA	1.025.967	China	968.978
2007	Deutschland	1.321.214	China	1.220.060	USA	1.148.199
2008	Deutschland	1.446.172	China	1.430.693	USA	1.287.442
2009	China	1.201.612	Deutschland	1.120.041	USA	1.056.043
2010	China	1.577.824	USA	1.278.263	Deutschland	1.258.924
2011	China	1.898.600	USA	1.480.646	Deutschland	1.473.889

Natürlich wären da noch einige Dinge zu beachten, zum Beispiel in welcher Währung gerechnet wurde, aber das Ergebnis ist eindeutig! **Seit 1953** sind wir unter den ersten drei Exportnationen. **Von 1953 bis 1959 Dritter, von 1960 bis 1985 Zweiter, danach völlig ohne Euro Erster und Zweiter.** Zur Erinnerung: der Euro wurde als Bargeld erst 2002 eingeführt. Und wahrscheinlich fliegen wir seit 1953 gerade wegen dem Euro demnächst zum ersten Mal aus der Liste und verschwinden von den ersten drei Plätzen.

Wie kommen also diese Lügenbeutel und Scharlatane dazu, den Euro als Quelle für Exporterfolge anzugeben? Es gibt nur einen Grund: die Bevölkerung muß angelogen und die EUdSSR installiert werden! Die Ermächtigung zur Diktatur – alle Mittel sind erlaubt.

Broder rät Ingo Schulze zum Aufhören

Ingo Schulze und ich haben zweierlei gemeinsam. Erstens kommen wir beide aus dem Osten, ich allerdings noch viel mehr als er. Zweitens lieben wir beide die Märchen des dänischen Dichters Hans Christian Andersen, vor allem die Geschichte von des Kaisers neuen Kleidern. Doch damit hören die Gemeinsamkeiten im Grunde auch schon auf. Ingo Schulze ist ein Schriftsteller, ich bin ein Gebrauchsschreiber. Schulze will die Welt verändern.

Das zeigt nicht zuletzt sein neuestes Buch. Es trägt den Titel „Unsere neuen Kleider“ und plädiert für „demokratiekonforme Märkte“, was immer man sich darunter vorstellen soll. Ich will die Welt ja nur beschreiben. Wenn ich die Welt verändern

wollte, wäre ich Politiker geworden. Oder Gruppentherapeut. Schulze leidet an der Welt, ich leide, wenn ich an einem Victoria's Secret Laden vorbeigehe. ([Fortsetzung hier in der Welt!](#) Immer diese Ostalgiker, die den Kommunisten-Verbrechern nachheulen.)

Euro: Griechen hetzen bei Olympia gegen deutsche Sportlerin

Während die Blätter in ganz Europa die Olympia-Eröffnungsfeier in den höchsten Tönen bejubeln, möchten wir doch den friedensstiftenden und völkerverbindenden Euro nicht aus den Augen verlieren, der auch Olympia erreicht hat. Ein griechischer Sportjournalist verleumdete die deutsche Fahnenträgerin und Hockey-Rekord-Nationalspielerin, Natascha Keller, mit einem völlig erfundenen Tweet, der natürlich in Olympia-Kreisen gestern gleich skandalträchtig die Runde machte.

Der [Tagesspiegel berichtet](#):

Wie die griechische Sport-Webseite Sport24.gr in einem von dem bekannten Sportjournalisten Jannis Fileris unterzeichneten Beitrag am späten Freitagnachmittag berichtete, hat sein griechischer Kollege Dimitris Zakcheos am Mittwoch auf Griechisch diesen frei erfundenen Tweet über dessen persönlichen Account veröffentlicht: „Die deutsche Fahnenträgerin Natascha Keller erklärte: ‚Das Olympia-Dorf ist nun voller barfüßiger griechischer Sportler. Sobald wir sie sehen, stellen wir uns blöd, weil wir Angst davor haben, dass sie uns um Kredit bitten‘.

Die Kanzlerin und der durchgeknallte Rollstuhlfahrer Schäuble haben sich indessen [gleich dem Spitzbuben Draghi](#) angenähert, obwohl die [Bundesbank warnt](#), und sie wollen den Euro auch wieder um jeden Preis verteidigen. Die Bundesbank und Deutschland zählt für diese Verräter am deutschen Steuerzahler nichts, nur EZB und EUdSSR!

Der [spanische EU-Minister greift uns an](#) und bellt, wir sollen uns gefälligst erinnern, welche Hilfe wir nach dem Krieg von anderen bekommen hätten. In der Geschichtsschreibung steht aber nichts, daß Franco was überwiesen hätte! Jedenfalls will Spanien zunächst noch [einmal 300 Milliarden](#), die Griechen [gerade nur 30 Milliarden](#).

Ein Punkt, der bei den andauernden Rettungen von Gaunern wie Griechenland auch völlig außer Acht gelassen wird, ist die Tatsache, daß diejenigen Länder sich verdummt vorkommen, die sich einst den Sparvorschriften gefügt haben, wie [die Letten zum Beispiel](#).

Zum Schluß noch eine gute Nachricht aus Österreich – auch dort wird wegen dem ESM [das Verfassungsgericht angerufen](#).

DIE FREIHEIT in Hannover „nicht willkommen“!

Wie sehr sich die FREIHEIT auch anstrengt, die undemokratischen, freiheitsfeindlichen Blockparteien und ihre Claqueure in der gleichgeschalteten rotgrünen Systempresse stellen sie neben die NPD. Was unterscheidet uns parteimäßig von der kommunistischen DDR oder dem sozialnationalistischen Dritten Reich eigentlich noch genau? Was unterscheidet die taz von der Goebbels-Presse? Heute ist Parteitag der FREIHEIT in

Hannover. Wir zitieren die taz:

*Quasi auf die letzte Minute formiert sich in Hannover Protest gegen die rechtslastige Partei „Die Freiheit“, die sich am heutigen Samstag in der Stadthalle von Niedersachsens rot-grüner Landeshauptstadt zu einem Bundesparteitag trifft. „Die Freiheit ist in Hannover nicht willkommen“, verkündeten am Freitag die Stadt- und Kreisverbände **von SPD, CDU, Grünen, FDP, Links- und Piratenpartei in einer gemeinsamen Pressemitteilung.** Die selbst ernannte Bürgerrechtspartei versuche „mit populistischen Methoden gegen Minderheiten Stimmung zu machen“ und **verunglimpfe „MuslimInnen pauschal als schlecht und böswillig“**, heißt es in der Erklärung. Ausgrenzung und Diffamierung aber hätten in Hannover keinen Platz.*

Besonders erschütternd, wie CDU und FDP mit den antidemokratischen kommunistischen Verbrechern von der SED-PDS-Linkspartei Händchen halten. Und dann kommen hier Leser und regen sich auf, wenn ich die BRD als linksversifft bezeichne! [Hier der taz-Artikel](#), der ungeniert noch weitere Beweise für die undemokratische linke und grüne Lumperei bringt. Wie sagte der bolschewistische Verbrecher Walter Ulbricht 1945, als er mit übelsten Gangstermethoden und mithilfe des Diktators und Massenmörders Stalin die Herrschaft der Mauermörderpartei SED installierte? „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben!“

2012 muß es nicht mehr demokratisch aussehen. Wenn es nach den Hetzern von CDU, FDP, Grünen, SPD, Piraten und Mauermörderpartei ginge, würde man die FREIHEIT und die Freiheit verbieten.